

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 38
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 98 88 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,
Mitglied des SPD-Präsi-
diums, erinnert an die
Verabschiedung des Orien-
tierungsrahmens '85 vor
fünf Jahren: Ein verges-
senes Dokument?

Seite 1-3

Marie Schlei MdB setzt
sich für die weitere Aus-
strahlung von "Kennzei-
chen D" ein: Objektiv
und sachlich.

Seite 4

Hermann Wimmer MdB sieht
in den EG-Agrarministern
die Verantwortlichen für
den Skandal um Östrogen-
Rückstände: Die echten
Bauern sind die Leid-
tragenden.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 219

13. November 1980

Ein vergessenes Dokument?

Zum 5. Jahrestag der Verabschiedung des ökonomisch-politi-
schen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975 - 1985

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Vor fünf Jahren, am 14. November 1975, verabschiedete der
Mannheimer Parteitag der SPD mit nur einer Gegenstimme den
Orientierungsrahmen '85. Damit fand ein in der Geschichte
der deutschen Parteien nicht gerade alltägliches Unternehmen
seinen Abschluß: das Vorhaben, "auf der Grundlage des Godes-
berger Programms die Grundwerte des demokratischen Sozialis-
mus zu präzisieren und zu konkretisieren, eingetretene und zu
erwartende gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren
und aufzuzeigen, wie durch Reformen die Gesellschaftsordnung
der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf mehr Frei-
heit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität verändert wer-
den kann".

Der Parteitagsbeschuß beendete eine breite innerparteiliche
Diskussion, die zuletzt noch in über 1.000 Anträgen ihren
Niederschlag gefunden hatte. Rückschauend betrachtet ist
dieser Diskussionsprozeß wohl der wichtigste Aktivposten.
Führte er doch in der Kommission - unter Vorsitz von Peter
von Oertzen, Horst Ehmke und Klaus Dieter Arndt und, nach
dessen allzufrühen Tod, Herbert Ehrenberg - Exponenten
mannigfacher, einander damals zum Teil betont kritisch bege-
gender Strömungen innerhalb der Partei zu rationaler Aus-
sprache zusammen, aus der immer stärker der Wille zum Kom-
promiß und zur Verständigung auf gemeinsame Antworten hervor-
ging. Diese integrierende Wirkung übertrug sich dann von der
Kommission auf die gesamte Partei und ist bis heute spürbar
geblieben.

Der Text selbst ist hingegen rasch in Vergessenheit geraten.
Zu Unrecht wie ich meine. Seine Analysen, seine Einschätzungen
und seine Lösungsvorschläge sind nämlich unverändert aktuell.
Das gilt für den Katalog der Bedingungen, unter denen in der
2. Hälfte der 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre Poli-
tik betrieben werden muß. Zu diesen Bedingungen zählt der
Orientierungsrahmen insbesondere



- die Probleme, die aus dem Rüstungswettlauf, dem Weltbevölkerungswachstum, der Rohstoffverknappung erwachsen,
- die Widersprüche von Überfluß und Hunger, Friedensbereitschaft und andauernder Kriegsgefahr, Selbstbestimmung und wachsender Abhängigkeit des Einzelnen, Gleichberechtigung und fortbestehende Benachteiligung insbesondere der Frauen in bestimmten Lebensbereichen,
- die Diskrepanz zwischen rasch zunehmenden Problemen einerseits und der nicht im gleichen Tempo wachsenden Bereitschaft andererseits, Lösungsmöglichkeiten auszuschöpfen, und schließlich
- die Probleme sozialer und wirtschaftlicher Stabilität: Konjunkturschwankungen, regionale und sektorale Strukturprobleme, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation, unzureichende Kontrolle wirtschaftlicher und der damit verbundenen politischen Macht.

Das gilt ebenso für die Antworten, die der Orientierungsrahmen zu geben versucht. Wie das Godesberger Programm geht er dabei von einer realistischen und illusionslosen Vorstellung vom Menschen aus: Er idealisiert nicht menschliche Möglichkeiten, er glaubt aber an die Chancen bewußter Selbstbestimmung. Dazu gehört die Ausrichtung politischen und gesellschaftlichen Handelns an der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als einander bedingenden gleichrangigen Grundwerten des demokratischen Sozialismus. Daraus werden konkrete Folgerungen abgeleitet. So etwa die Kritik

- am herkömmlichen Leistungsbegriff, der "fast vollständig den sozialen Zusammenhang menschlicher Tätigkeit vernachlässigt",
- oder am einseitig quantitativen Wachstumsmaßstab, bei dem nicht danach gefragt wird, unter welchen Bedingungen und mit welchen negativen Folgen für die Gesamtheit Wachstum erreicht wird.

Ähnliches gilt für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft: Der Markt wird nicht verteufelt, aber auch nicht als ein eo ipso gerechtfertigtes Ordnungsprinzip hingenommen, sondern in seiner Funktion und den Grenzen seiner Leistung gesehen

- Markt so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig. Das ökonomische Prinzip soll dienen, nicht herrschen.

Und auch zur Rolle des Staates äußert sich der Orientierungsrahmen in einer bis heute unverändert gültigen Weise. Er begreift ihn nicht als bloßes Mittel, sondern als eigenständigen, in der Rechtsidee wurzelnden Wert und verwirft damit



- die konservative Vorstellung von einem neutralen, über alle Interessengegensätze schwebenden Staat,
- die liberalistische Auffassung von der "Konkurrenzdemokratie", die den Staat in Analogie zum Markt und als dessen politische Verlängerung nur als Schauplatz der Auseinandersetzung entgegengesetzter Interessen sieht, und
- die utopisch-anarchischen Auffassungen von "Absterben des Staates", die noch heute von Teilen der "Neuen Linken" vertreten werden, ebenso wie
- die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die im Staat einen "Agenten der vereinigten Monopolkapitalisten" sieht.

Es lohnt sich aber auch, den Text im Detail nachzulesen. Etwa zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zur Modernisierung unserer Wirtschaft, zur Humanisierung der Arbeitswelt, zum Gesundheitswesen und zur Stadtentwicklung, aber auch zur Vertrauensarbeit der Partei. Und manche Stelle lohnt auch das wörtliche Zitat. So die, an der über den herkömmlichen Leistungsbegriff gesagt wird:

"Der herkömmliche Leistungsbegriff engt die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und Lebenserfüllung ein. Er berücksichtigt ausschließlich ziel- oder zweckgerichtetes Verhalten, insbesondere das Streben nach sozialem Aufstieg. Mehr Macht, mehr Prestige oder mehr Geld allein verbürgen aber weder ein sinnvolles Leben des einzelnen noch der Gesellschaft insgesamt. Materielle Sicherheit ist zwar die notwendige Voraussetzung eines menschenwürdigen Daseins, aber nicht dieses selbst. Ohne Lebensgenuß und Bildung, ohne Freundschaft und Liebe, ohne das Streben nach Wahrheit und ohne jene innere Befriedigung, die aus Quellen wie der philosophischen Einsicht oder dem religiösen Glauben erwächst, ist menschliches Leben sinnlos." Oder jene über die Grenzen der menschlichen Selbstbestimmung an der es heißt:

"Über diese wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme hinaus stößt das Streben der Menschen nach Selbstbestimmung an Grenzen, die grundsätzlich überhaupt nicht überschritten werden können:

Irrtum und Schuld, Schmerz und Verzweiflung, Krankheit und Unglück werden auch in einer freieren, gerechteren und humaneren Gesellschaftsordnung zum Leben der Menschen gehören."

Bleibt die Frage, warum der Orientierungsrahmen dennoch in Vergessenheit geriet und zwar schon bald nach dem Mannheimer Parteitag. Das ist nicht nur eine Frage an die damaligen Kommissionsmitglieder und den Parteivorstand, es ist auch eine Frage an die Partei insgesamt und insbesondere an all diejenigen, die wissen, daß zur politischen Arbeit auch die Perspektiven gehören. Vielleicht liegt es an der Überbürdung mit Tagesgeschäften, vielleicht haben uns neue Herausforderungen zu stark in ihren Bann geschlagen. Vielleicht wiederholt sich aber auch ein Phänomen, das schon beim Godesberger Programm zu beobachten war: Daß nämlich die Partei sich erst dann ihrer Grundsatzdokumente erinnert, wenn sie von den Umständen auf sie gestoßen wird.

(-/12.11.1980/hl/ks/ca)

+ + +



Objektiv und sachlich

"Kennzeichen D" nicht zur Disposition stellen!

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Beispielhaft objektiv und sachlich, das sind die herausragenden Merkmale der einzigartigen Magazin-Sendung "Kennzeichen D" des ZDF.

Hans Werner Schwarze moderiert heute die 200. Sendung. Sein Verdienst ist es, daß wir und viele Bürger dem Magazin jahrelang Treue bewiesen.

"Kennzeichen D" hat von Anfang an dazu beigetragen, daß Klischeevorstellungen über die DDR abgebaut wurden. Hans Werner Schwarze ist immer davon ausgegangen, daß die "DDR-Bürger noch immer mehr über die Bundesrepublik wissen als umgekehrt". Solange das so ist, so versteht Schwarze seine Aufgabe, soll das Magazin dem Informationsdefizit bei unseren Bürgern begegnen. Die regelmäßigen Einschaltquoten von fünf bis sechs Millionen Zuschauern beweisen, daß sie ein starkes Informationsbedürfnis haben und die Fortsetzung des Magazins wollen.

Wir danken Hans Werner Schwarze. Die verantwortlichen Programmgestalter des ZDF sollten sich der großen Resonanz von "Kennzeichen D" bei den Bürgern in beiden Teilen Deutschlands bewußt sein und dieses Magazin auf keinen Fall zur Disposition stellen.

(-/13.11.1980/bgy/ca)

+ + +



Die echten Bauern sind die Leidtragenden

Skandal um Östrogen-Rückstände trifft die Agrarminister

Von Hermann Wimmer MdB

Die Fakten sind bekannt: In mehreren Bundesländern wurden in Kalbfleisch- und Geflügelfleischproben Rückstände aus der Hormonverfütterung oder -behandlung von Schlachttieren festgestellt, die für die menschliche Gesundheit bedenklich sind. Schlimmer noch, anscheinend wurden die höchsten Hormonkonzentrationen in fertiger Babynahrung gefunden. Die Verbraucher reagierten verständlicherweise und zu Recht mit massiver Kaufenthaltung. Der Verbrauch an Kalbfleisch ging im Bundesgebiet um fast die Hälfte zurück. In den anderen EG-Ländern war die Verbrauchseinschränkung ähnlich.

Zu Beginn dieses Monats sanken im Bundesgebiet die Preise für Schlachtkälber im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum um 20 Prozent. Die EG-Kommission schlug eine Preisstützungsaktion vor. Als rechtliche Grundlage wurde eine Bestimmung in der Rindfleischmarktordnung herangezogen, nach der im Rahmen der Bekämpfung von Tierseuchen Sondermaßnahmen möglich sind. Private Lagerhalter sollen zunächst bis zum 6. Dezember 1980 Kalbfleisch aufkaufen und für eine Lagerdauer von drei bis fünf Monaten eine Beihilfe zwischen 1,57 DM je Kilogramm bis 1,97 DM je Kilogramm kassieren können. Bundesminister Ertl wies, wie die meisten seiner Kollegen in den anderen EC-Ländern, die Beamten im zuständigen Verwaltungsausschuß an, diesem Kommissionsvorschlag zuzustimmen. Hinsichtlich der gesundheitlichen Kontrollen bei dieser privaten Einlagerung wurden keine anderen Anforderungen gestellt, wie bei Fleisch, das sonst nach tierärztlicher Untersuchung in den Verkehr gebracht wird. Es ist anzunehmen, daß diese Beihilfe von den Großabnehmern und Schlachtereien auch noch für Kalbfleisch kassiert wird, das schon vor dem Beschluß der Brüsseler Maßnahme aufgekauft worden ist.

Die Tragweite des politischen Skandals wird aus dieser dürren Aufzeichnung der Tatsachen nicht deutlich.

Die unkontrollierte in der Bundesrepublik unerlaubte Anwendung von Tierarzneimitteln mit dem Zweck von Wachstums- und Gewichtssteigerungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung hat nach der inzwischen bekannt gewordenen Häufigkeit beanstandeter Fleisch- und Nahrungsmittelproben offensichtlich ein wesentlich größeres Ausmaß, als dies in der Öffentlichkeit angenommen wurde. Es ist eine unverantwortliche Verharmlosung, wenn behauptet wird, dies sei ein Problem "einiger weniger schwarzer Schafe" in der Landwirtschaft.

Die immer noch mangelhafte Harmonisierung des Lebensmittelrechts in der EG macht einen wirksamen Schutz der Verbraucher in der Bundesrepublik vor derartigen Risiken praktisch nicht möglich. Fleisch und daraus hergestellte Nahrungsmittel, die in die Bundesrepublik eingeführt werden, unterliegen den gleichen Kontrollen und Anforderungen wie Inlandserzeugnisse. Offensichtlich waren diese Kontrollen bisher nicht ausreichend.

Das Problem bedenklicher Rückstände im Fleisch und in Nahrungsmitteln tierischer Herkunft ist den Fachleuten, wenn vielleicht auch nicht in der nun erkennbaren Größenordnung, seit langem bekannt. Für die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte sind die Agrarminister zuständig. Sie hätten ein besonderes Interesse daran haben müssen, daß die Landwirte nicht in Verruf und die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung nicht ins Zwielficht gerät. Der politische Skandal, der in der Tatsache zu sehen ist, daß die Landwirtschafts- und Ernährungsminister die Frage der gesundheitlichen Unbedenklichkeit der Nahrungsmittelerzeugung allzu gerne anderen überlassen haben, liegt jetzt für die Öffentlichkeit offen zutage. Bei Diskussionen über die Eingrenzung gesundheitlicher Risiken aus dem Einsatz chemischer



Substanzen in der Landwirtschaft wurde in der Vergangenheit immer erst danach gefragt, ob nicht wirtschaftliche Nachteile, sogenannte Wettbewerbsnachteile für die Landwirtschaft daraus entstehen. Erst jetzt hat die EG-Kommission eine Gemeinschaftsregelung vorgeschlagen, nach der die Verwendung hormonhaltiger Mittel bei Haustieren vom 1. Januar 1981 an verboten werden soll.

Verbraucherschutz sahen die Agrarminister leider nicht als gleichrangige Aufgabe an, wie den Schutz der Landwirtschaft vor wirtschaftlichen Behinderungen. Es sind keine Beispiele bekannt, wo die Landwirtschafts- und Ernährungsminister der EG die gleichen politischen Anstrengungen zur Gewährleistung absoluter gesundheitlicher Unbedenklichkeit der Nahrungsmittelerzeugung unternommen haben, wie bei den Auseinandersetzungen um Interventions- und Preisstützungsmaßnahmen, die die Landwirtschaft in ihren Ländern begünstigen.

Die zögernde Reaktion auf Forderungen der Vertreter eines stärkeren Tierschutzes gehört in den gleichen Zusammenhang. Es sind keine Fanatiker, die die Legehennenhaltung in zu engen Käfigen und eine Schweinefleischherzeugung, bei der immer mehr Arzneimittel verabreicht werden, damit sich die Tiere in den Ställen nicht gegenseitig die Schwänze abfressen, damit sie überhaupt die Mastdauer und dann den Transport zum Schlachthof überstehen, für unverantwortlich halten. Wer hier abwiegelt, begreift die politische Dimension des Unbehagens in unserer Bevölkerung nicht.

Die Zusammenhänge zwischen sogenannten modernen Produktionsformen in der Tierhaltung, fragwürdigen Haltungs- und Fütterungsmethoden und Medikamentenmißbrauch liegen auf der Hand. Die für die Agrarpolitik Verantwortlichen, die dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten, sie nicht zurückführt auf weniger riskante und auch unter Gesichtspunkten des Tierschutzes besser vertretbare Wirtschaftsformen, müssen sich sagen lassen, daß ihre Reden von der Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft nur noch als Gebetsmühlen empfunden werden können. Wer in Betrieben der europäischen Landwirtschaft gewesen ist, in denen in fabrikähnlichen Gebäuden Zehntausende, in einigen Fällen Hunderttausende von Legehennen gehalten, Hunderte von Kälbern, Bullen oder Mastschweinen zu gleicher Zeit auf engstem Raum gemästet werden, hat das sichere Gefühl, daß hier der Punkt, wo nicht alles, was technisch machbar ist, auch gemacht werden muß, längst erreicht ist.

Die Bauern, die mit einer vernünftigen Wirtschaftsweise tierische Produkte erzeugen, die auf den vorbeugenden Einsatz der verschiedensten Medikamente und anderer chemischer Substanzen zur Vermeidung von Tierverlusten und zur Gewinnsteigerung verzichten, weil sie mehr Sorgfalt aufwenden, weil sie ihre Tiere beobachten, weil sie neben der Sorge um die wirtschaftliche Existenz auch noch eine Beziehung zu Tieren und zur Natur haben, gehören mit zu den Leidtragenden des Östrogenskandals. Ihnen ist zu gönnen, daß sie für ihre Schlachttiere einen angemessenen Preis erhalten. Auch von ihnen muß aber der Druck auf die Berufsvertretungen und die Verantwortlichen in den Bezugs- und Absatzeinrichtungen der Landwirtschaft mit ausgehen, die Abwanderung und Konzentration der tierischen Produkte in Massentierhaltungen zu stoppen. Unter diesem Aspekt war es jedenfalls politisch kurzsichtig, die Wirkungen des durch den Östrogenskandal ausgelösten Verbraucherprotestes auf die Landwirtschaft durch den Brüsseler Beschluß über die Einlagerungsmaßnahmen für Kalbfleisch schlicht zu konterkarieren. Der Verbraucher mußte zur Kenntnis nehmen, daß in einem Teil der europäischen Landwirtschaftsbetriebe Praktiken Eingang gefunden haben, die für die menschliche Gesundheit mehr und mehr bedenklich sind und wird nun noch dazu herangezogen mit Steuergeldern die nachteiligen Folgen auszugleichen, die die Landwirtschaft dafür insgesamt zu spüren bekommt.

Das Dilemma für Verbraucher und Bauern liegt darin, daß es in der europäischen Agrarpolitik keine verbindliche Konzeption für eine bäuerliche Landwirtschaft gibt, die zwar rationell wirtschaften soll, die aber auch mit umwelt- und tierschutzfreundlichen Produktionsmethoden rückstandsfreie, absolut unbedenkliche und qualitativ hochwertige Agrarerzeugnisse auf den Markt bringen kann.

Es drängt sich einem leider der Eindruck auf, daß für die gegenwärtige Politik der Agrarminister das Sprichwort zutrifft "Wer das Ziel nicht kennt, kann den Weg nicht finden".
(-/13.11.1980/ks/ca)

